

Nächster Halt ist nicht das Bundeshaus

Die Bündner Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner will weder für den Stände- noch für den Nationalrat kandidieren. Im Interview prognostiziert sie schwarze Zahlen für 2017 – kündigt aber trotzdem ein Sparprogramm an.

Seiten 2 und 3



«Der Ton ist sehr viel härter geworden»

Die Bündner Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner spricht über respektlose Kritiker, die Ohnmacht bei Begegnungen in Bondo und verrät, was sie nach dem Ausscheiden aus der

MIT BARBARA JANOM STEINER
SPRACH OLIVIER BERGER

Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner ist im laufenden Jahr Bündner Regierungspräsidentin. In dieser Funktion hat sie bisher nicht nur Schönes wie die Ski-WM in St. Moritz erlebt, sondern auch Dramen wie den Bergsturz von Bondo. Im Interview spricht sie über diese Erfahrungen - und über ihre Pläne nach dem Ausscheiden aus der Regierung Ende des kommenden Jahres.

Frau Regierungspräsidentin Janom Steiner, drei Viertel Ihres Präsidentschaftsjahres sind schon um. Wie haben Sie das Jahr bisher erlebt?

Barbara Janom Steiner: Es war bisher ein spannendes und sehr intensives Jahr. Und das in jeder Hinsicht. Ich habe sehr viele interessante Begegnungen gehabt, viele schöne und auch schwierige Momente erlebt.

Sie wollten in Ihrem Präsidentschaftsjahr jede der neu geschaffenen Regionen besuchen. Wie kommt das voran?

Sehr gut. Mit Ausnahme der Regionen Prättigau/Davos und Imboden habe ich inzwischen alle besucht. Dabei habe ich sehr viele positive Eindrücke gewonnen; das war sicher auch eines der Highlights des bisherigen Jahres. Es hat sich gezeigt, dass die Gebietsreform als solche weit-

«Man staunt manchmal über die Aggressivität, die Distanz- und die Respektlosigkeit.»

gehend umgesetzt ist. Das war harte Knochenarbeit, für die man den Verantwortlichen vor Ort auch danken darf. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Regierung mit ihrem ursprünglichen Vorschlag nicht so falsch lag. Wir waren von funktionalen Räumen und damit von fünf bis acht Regionen ausgegangen. Schon jetzt zeigt sich, dass die Regionen in wichtigen Bereichen - zum Beispiel bei der Raumplanung - über ihre Grenzen hinweg zusammenarbeiten müssen. Das wäre mit weniger Regionen einfacher, politisch war eine grössere Konzentration aber nicht machbar.

Ärgert das manchmal, wenn man weiss, was richtig wäre, es politisch aber nicht umsetzbar ist?

Nein, ärgern tut das nicht. Der politische Wille muss gegeben sein. Man muss das Wünschbare immer vom politisch Machbaren unterscheiden. Das ist auch ganz gut so, denn gerade grosse Reformen müssen von der Bevölkerung getragen sein. Es würde nichts bringen, etwas Wünschbares durchzusetzen, wenn nicht die Bevölkerung dahinterstünde. Dann würden wir unsere Basis verlieren.

Mit der Basis hatten Sie bei Ihren Besuchen ja viel zu tun. Sehen Sie auch die viel zitierte Politikverdrossenheit? Spüren Sie Misstrauen?

Misstrauen? Nein. Und bezüglich Politikverdrossenheit stellt sich die Frage, was man darunter versteht. Eine Möglichkeit ist, dass man sie an der Stimm- und Wahlbeteiligung misst. Da zeigt sich für die letzten zehn Jahre, dass die Beteiligung eher zugenommen hat. Auch die Jungen nehmen am politischen Leben je nach Thema rege teil - vielleicht einfach auf anderen Kanälen wie Social Media.

Und es ist immer noch so: Eine Politikerin, besonders eine Regierungspräsidentin, hat immer recht, zu der blickt man auf?

Nein, sicher nicht. Man muss aufpassen, worüber man spricht. Die Verdrossenheit stellen wir so zwar nicht fest. Was sich aber wirklich geändert hat, ist die Art und Weise, wie die Unzufriedenen, die Kritiker ihrem Unmut Luft machen. Das erfolgt zum Teil sehr rasch, und es erfolgt zum Teil auch sehr hart. Da stellt man schon teilweise einen mangelnden Respekt vor der Person fest. Der Ton ist sehr viel härter geworden.

Woran liegt das?

Ich glaube, es liegt zum Teil auch an den Medien, die sich in der Tonalität vergreifen - Anwesende natürlich immer ausgeschlossen (lacht). Eine grosse Rolle spielen die neuen Kommunikationsformen. Früher schrieb man einem Regierungsrat vielleicht einen Brief, wenn man nicht zufrieden war. Das nahm eine gewisse Zeit in Anspruch und führte vielleicht auch dazu, dass man vorher nachdachte. Heute tippt man seinen Frust und seine Wut in den Computer oder ins Natel und postet das auf Social Media oder verschickt es als E-Mail. Da staunt man dann manchmal schon über die Aggressivität, die Distanz- und die Respektlosigkeit.

Ist nicht einfach der politische Tonfall generell schärfer geworden?

Generell schon. Erfreulicherweise jedoch kaum in Graubünden. In unserem Parlament geht man immer noch respektvoll miteinander um. Das ist in anderen Kantonen zum Teil schon anders.

Sie haben die Besuche in den Regionen als eines der Highlights Ihres bisherigen Jahres bezeichnet. Was waren die anderen?

Oh, da fällt mir gleich eine ganze Reihe ein. Die Ski-WM in St. Moritz war natürlich ein Höhepunkt. Das war ein grossartiger Anlass. Dann der Engadin Skimarathon und das Schwingfest in Davos. Oder das Eidgenössische Jodlerfest, wo einige Jo-



Vollgas bis zum Schluss: Barbara Janom Steiner will die Zeit bis zum Ausscheiden aus der Regierung noch nutzen.

Bild Olivia Item

delchöre aus Graubünden mir auf der Strasse spontan ein Ständchen gebracht haben. Und natürlich die vielen Begegnungen mit anderen Politikern. Ich durfte die Botschafter von Italien, Deutschland und China empfangen. Dazu die Regierungen von Zürich, Liechtenstein, Südtirol und Vorarlberg.

Was bringen solche Treffen eigentlich längerfristig? Sind sie überhaupt nachhaltig?

Manchmal sind Sie es. Vor dem World Economic Forum durfte ich den Präsidenten von China in Chur begrüssen. Daraus haben sich gute Kontakte ergeben. Der chinesische Botschafter war bei uns zu Besuch und hat daraufhin uns in Bern empfangen. Nächste Woche bin ich am Empfang der Generalkonsulin in Zürich. Noch hat sich daraus nichts Konkretes ergeben - aber wir hatten sehr gute Gespräche mit Blick auf eine mögliche verstärkte Zusammenarbeit zum Beispiel im Tourismus oder bei der Bildung.

Das waren die positiven Höhepunkte Ihres Jahres. Am anderen Ende der Skala dürfte der Bergsturz in Bondo rangieren.

Das ist so, ja. Ich habe von dem Bergsturz während einer zweitägigen Fraktionssitzung in Samnaun erfahren. Zuerst habe ich nur auf Twitter diesen Felssturzfilm gesehen. Danach hat sich rasch herausgestellt, was für eine Dimension die Katastrophe hat. Ich habe dann mit der Gemeindepräsidentin Anna Giacometti telefonisch Kontakt aufgenommen und bin am Tag darauf - in Absprache mit meinen Regierungskollegen - sofort nach Bondo gereist.

Das muss ein schwerer Gang gewesen sein.

Das war es. Zum einen kann man das ganze gigantische Ausmass der Katastrophe nur vor Ort begreifen. Dann waren da aber auch Begegnungen, die einen tief berühren. Wir waren bei jenen Einwohnerinnen und Einwohnern, die nicht bei

Freunden oder Verwandten untergekommen waren, sondern im Centro Sanitario untergebracht werden mussten. Wenn einen da eine 95-jährige Frau mit Tränen in den Augen fragt, ob und wann sie wieder in ihr Haus dürfe, fühlt man sich schon sehr hilflos.

Sie waren auch zwei Tage später noch einmal in Bondo - ohne Kamerateams.

Das stimmt. Am ersten Tag, als ich vor Ort war, wurde bekannt, dass noch Menschen vermisst wurden. Ich bin dann noch einmal nach Bondo gereist, um Anna Giacometti beim Treffen mit den Angehörigen der Vermissten beizustehen. Man ist mit ihnen ins Val Bondasca geflogen, damit sie sich aus der Luft selbst ein Bild vom Ausmass des Bergsturzes machen konnten. Das hat ihnen sicher dabei geholfen zu verstehen, dass man irgendwann mit der Suche nach den Vermissten aufhören musste. Aber das waren sehr schwere Begegnungen.

beschreibt das Gefühl
Regierung vorhat.

**Was sind Ihre Lehren aus der
Katastrophe von Bondo?**

Zunächst einmal: Wir Bündner und Bergler kennen die Risiken und Gefahren bei uns in den Bergen, und wir haben gelernt, damit umzugehen. Dennoch wurde uns einmal mehr vor Augen geführt, dass wir uns noch mehr mit Fragen zum Klimawandel und Permafrost auseinandersetzen müssen. Die Arbeitsgemeinschaft

**«Da fühlt man sich schon
sehr hilflos.»**

Alpenländer, die Arge Alp, bei der ich für Graubünden dieses Jahr den Vorsitz übernehmen durfte, hat in diesem Bereich einige Projekte initiiert. Bondo hat aber auch gezeigt, dass unsere Alarmsysteme funktionieren und dass Hilfe rasch vor Ort sein kann. Wir verfügen über hervorragende Einsatzkräfte, die auf allen Stufen sehr gut zusammenarbeiten.

**War das auch Ihre Botschaft beim
ersten Besuch vor Ort?**

Nein, meine Botschaft war primär eine andere. Sie lautete: «Wir, Graubünden, der Kanton, wir lassen euch nicht allein.» Ich denke, in dieser Situation war das für die Bevölkerung wichtig.

**Wahlkampf-Kalkül konnte man
Ihnen bei dem Besuch in Bondo ja
nicht unterstellen. Ihre Zeit in der
Regierung wird Ende des kommen-
den Jahres abgelaufen sein. Was
werden Sie danach tun?**

Ferien. (lacht) Im Ernst. Ich werde sicher erst einmal ein längeres Time-out nehmen. Das soll man auch machen, wenn man die Gelegenheit dazu hat. Sobald man wieder eine Aufgabe hat, füllt sich die Agenda dann wieder sehr schnell und von alleine.

**Sie meinen, wenn Sie 2019 für den
Ständerat kandidieren? Das hört
man jedenfalls gerüchteweise.**

Nein. Im Moment ist eine Ständeratskandidatur für mich kein Thema - jedenfalls nicht, solange es da keine Vakanz gibt.

Wieso nicht?

Wir haben zwei junge ehemalige Regierungsräte im Ständerat, die in Bern sehr gute Arbeit leisten. Es gibt für mich keinen Grund, gegen sie anzutreten. Eine Kandi-

datur würde ich mir überlegen, wenn es zeitnah eine Vakanz gäbe.

Also zieht es Sie in den Nationalrat?
(lacht) Auch das nicht. Sogar noch viel weniger. Ich werde 2019 nicht auf der Nationalratsliste stehen.

Was haben Sie denn sonst vor?

Ganz ehrlich: Ich weiss es noch nicht. Ich sehe mich aber eher in der Privatwirtschaft. Wo, ist noch offen. Ich will mich momentan auch noch gar nicht mit dieser Frage zu sehr beschäftigen - das lenkt mich nur von meiner jetzigen Aufgabe ab. Ich will noch bis Ende des kommenden Jahres mit Vollgas arbeiten. Der Grosse Rat kann sicher sein, dass ich ihm noch die eine oder andere Vorlage präsentieren werde.

**Ihre eigene Nachfolge wird schon
kommendes Jahr gewählt. Wagen Sie
eine Prognose.**

Das hätten Sie wohl gern? Ich kann nur so viel sagen: Am 1. Januar 2019 werden fünf Mitglieder der Bündner Regierung ihr Amt antreten. Jemand davon wird meine Aufgabe übernehmen. Und Graubünden wird weiter funktionieren. Mehr Prognose erhalten Sie von mir im Moment nicht (lacht).

**Etwas genauer werden Sie prognos-
tizieren, wie es den Kantonsfinan-
zen so geht.**

Die finanzielle Situation ist nach wie vor sehr stabil. Ich rechne für das laufende Jahr mit einem positiven Ergebnis - auch 2018 dürfte ausgeglichen ausfallen. Danach wird es schwieriger, was aber nicht

**«Wenn Sie so wollen,
sparen wir schon
- einfach ohne Programm.»**

am Kanton liegt. Infolge Optimierungen des Finanzausgleichs des Bundes, einer noch offenen Neuregelung der Wasserzinsen und der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform SV17 ist mit deutlich weniger Einnahmen zu rechnen. Ich werde deshalb dem Grosse Rat einen Vorschlag vorlegen, wie wir zu mehr Handlungsspielraum kommen.

**Ein Sparprogramm also? Das wird
von Ihnen ja schon lange gefordert.**

Ja, und ich bin froh, haben wir bisher keines durchgeführt. Trotzdem ist es gelungen, die Finanzen mit strengen Auflagen und viel Disziplin im Lot zu halten. Wenn Sie so wollen, sparen wir schon - einfach ohne Programm. Wir sind einfach so schon sparsam (lacht).

**Sie haben die SV17 angesprochen.
Wie wird der Kanton die Steuerre-
form umsetzen?**

Um das entscheiden zu können, müssten wir vom Bund erst einmal definitiv wissen, in welche Richtung die Reise gehen soll. Die Vorlage ist erst in der Vernehmlassung, da kann noch viel ändern.